Nr. 21. Morgenausgabe. 1. Blatt. Dienstag, 14. Januar 1913.

Königsberger Hartungsche Zeitung.

Die „Königsberger Hartungsche Zeitung" erscheint täglich in einer Abend- und einer Morgenausgabe mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen. — **Bezugspreis für Königsberg:** Vierteljährlich 3,— Mk., frei Haus 3,50 Mk., monatlich 1,— Mk., frei Haus 1,20 Mk. — **Bei der Post:** Vierteljährlich 3,75 Mk., monatlich 1,25 Mk. (ohne Bestellgeld).

Telephonanschlüsse: **Redaktion** Nr. 1011, **Expedition und Verlag** Nr. 36, **Buchdruckerei** Nr. 3307, **Chefredaktion u. Direktion** Nr. 5.

Anzeigen werden in der Expedition Münchenhofstraße 2, sowie in allen Annoncenbureaus entgegengenommen und kosten für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pf., für Inserenten außerhalb der Provinz Ostpreußen 30 Pf. (**Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeiger 15 Pf.**) Reklamen 75 Pf.

Das Beleg-Exemplar kostet 10 Pf.

Telephonanschlüsse: **Redaktion** Nr. 1011, **Expedition und Verlag** Nr. 36, **Buchdruckerei** Nr. 3307. **Chefredaktion u. Direktion** Nr. 5.

Unser Preußentag.

Dem sozialdemokratischen Preußentag, der in der vorigen Woche in Berlin die Richtlinien für die sozialdemokratische Taktik bei den bevorstehenden preußischen Landtagswahlen festlegen wollte, wird am Montag, den 20. Januar, im Restaurant Rheingold zu Berlin ein Preußentag der Fortschrittlichen Volkspartei folgen, und auch der Zentralvorstand der Nationalliberalen, der am 9. Februar in Berlin zusammentreten soll, wird als eine Art Preußentag den preußischen Landtagswahlen sein Interesse zuwenden.

Der Preußentag der Fortschrittlichen Volkspartei wird eingeleitet werden durch Verhandlungen des Zentralausschusses, die am kommenden Sonnabend im Reichstag beginnen und am Sonntag fortgesetzt werden sollen. Dem Zentralausschuß liegt die Aufgabe ob, zum ersten Male nach der Bildung der Fortschrittlichen Volkspartei den Geschäftsführenden Ausschuß zu wählen. Als im März 1910 die Vereinigung der Freisinnigen Volkspartei, der Freisinnigen Vereinigung und der Deutschen Volkspartei zur Fortschrittlichen Volkspartei erfolgte, wurde in den Uebergangsbestimmungen vereinbart, daß jede der drei Parteien eine bestimmte Zahl von Mitgliedern sowohl in den Zentralausschuß wie in den Geschäftsführenden Ausschuß der geeinten Partei entsenden solle, die bis zum ersten ordentlichen Parteitag im Jahre 1912 im Amt bleiben sollten. Der Parteitag in Mannheim hat Anfang Oktober auf Grund der Wahlen der einzelnen Verbände den Zentralausschuß neu zusammengesetzt. Dieser neue Zentralausschuß, bei dessen Bildung die Frage nach der früheren Parteizugehörigkeit keine Rolle mehr gespielt hat, wird nun am Sonntag zum ersten Male den Geschäftsführenden Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei neu wählen. Bei dem Zusammenschluß der drei linksliberalen Parteien vor drei Jahren wurde bestimmt, daß die Freisinnige Volkspartei zehn, die Freisinnige Vereinigung fünf und die Deutsche Volkspartei drei Mitglieder in den ersten Geschäftsführenden Ausschuß entsenden und die Freisinnige Volkspartei den Vorsitzenden, die Freisinnige Vereinigung den Stellvertreter stellen solle. Entsprechend dieser Vereinbarung wurden im März 1910 in den Geschäftsführenden Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei gewählt aus der Freisinnigen Volkspartei Abg. Fischbeck als Vorsitzender, Abg. Kämpf, Abg. Vielt, Stadtv. Buschhaus-Hagen, Abg. Gothein, Abg. Gyßling, Abg. Kopsch, Abg. Dr. Müller-Meiningen, Abg. Träger und Abg. Dr. Wiemer, aus der Freisinnigen Vereinigung Abg. Mommsen als stellvertretender Vorsitzender, Abg. Gothein, Abg. Liszt, D. Naumann und Abg. Dr. Pachnicke, aus der Deutschen Volkspartei Abg. Haußmann, Abg. Dr. Hummel-Karlsruhe und Direktor Dr. Röhler-Frankfurt a. M. Inzwischen sind von den 18 Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses drei gestorben: Buschhaus-Hagen, Robert Gyßling und Albert Träger. An die Stelle von Hermann Buschhaus ist der Führer der Fortschrittlichen Volkspartei in Sachsen, Abg. Günther-Plauen, der bis zur Bildung der Fortschrittlichen Volkspartei schon dem Geschäftsführenden Ausschuß der Freisinnigen Volkspartei angehört hat, kooptiert worden. Für Albert Träger und Robert Gyßling sind Ersatzmänner nicht gewählt worden.

Bei der Bildung der Fortschrittlichen Volkspartei wurden auch genaue Bestimmungen getroffen, daß im Vorstand des Zentralausschusses die freisinnige Volkspartei den ersten, die Deutsche Volkspartei den ersten stellvertretenden Vorsitzenden und der Freisinnigen Vereinigung den zweiten stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen habe. Dies waren die Abgg. Funck und Payer sowie Karl Schrader. Der Parteitag in Mannheim hat zwar die Zusammensetzung des neuen Zentralausschusses beschlossen, dieser selbst aber muß sich nunmehr in seiner ersten Sitzung nach dem Parteitag konstituieren und den Vorstand wählen. Die Vorsitzenden des Zentralausschusses dürfen nach dem Organisationsstatut der Partei nicht Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses sein.

Die preußische Wahlrechtsfrage wie die preußische Landtagswahl ist eine eminent deutsche Frage. Trotzdem können über die Taktik, die im Wahlrechtskampf wie im Landtagswahlkampf in Preußen beobachtet werden soll, natürlich nur die Vertreter preußischer Parteiverbände endgültig Beschluß fassen, wobei sie selbstverständlich die Pflicht haben, mit der Haltung der Gesamtpartei in Uebereinstimmung zu bleiben. Die Sozialdemokraten haben auf ihrem Preußentag der vorgeschlagenen Resolution der Landeskommission zugestimmt, die bei strikter Durchführung geeignet wäre, der Aufrechterhaltung der Vormachtstellung der Konservativen Vorschub zu leisten. Von sozialdemokratischer Seite wird allerdings nachträglich angedeutet, daß die Resolution bei ihrer Anwendung im Wahlkampf eine andere Auslegung erfahren dürfte, als ihr Wortlaut vermuten läßt. Die sozialdemokratische „Münchener Post" spöttelt über die einstimmige Annahme eines jener Kompromißbeschlüsse, an denen die Geschichte der sozialdemokratischen Partei nicht arm ist. Sie schreibt: „In diesen Beschlüssen werden neue Vorschläge und Anregungen scheinbar mit überwältigender Mehrheit oder sogar einstimmig abgelehnt; in Wirklichkeit und für die Praxis des politischen Lebens kommen sie grundsätzlich so weit den abgelehnten Ideen entgegen, daß auch die Vorkämpfer des Neuen mit der Mehrheit guten Gewissens stimmen können."

Danach hätte die Resolution des sozialdemokratischen Preußentags über die Taktik bei den Landtagswahlen in erster Reihe den Zweck, das Gewissen der radikal gesinnten Wählermassen zu beruhigen und daneben auf die Liberalen einen Druck auszuüben. Die Fortschrittliche Volkspartei kann sich nicht den Luxus erlauben, in radikalen Forderungen zu schwelgen. Sie muß als liberale Partei in erster Reihe darauf bedacht sein, mit der nationalliberalen Partei eine möglichst geschlossene Kampfeslinie aufzustellen. Sie kann bei ihrer Stellung zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten nicht einfach allgemein Vereinbarungen mit der Sozialdemokratie treffen. Für die Sozialdemokratie liegen die Verhältnisse bei den preußischen Landtagswahlen fast überall gleich. Für die Fortschrittliche Volkspartei dagegen sind die Verhältnisse in den einzelnen Gebieten durchaus verschieden. Sie ist namentlich auch dort, wo gemeinsame Wahlmänner zusammen mit den Nationalliberalen aufgestellt werden, gar nicht in der Lage, diese zu bindenden Verpflichtungen in bezug auf das Eintreten für Sozialdemokraten zu veranlassen. Das darf nicht vergessen werden.

Die Konkurrenzklausel im Reichstage.

Bei den Verhandlungen im Reichstage über die Konkurrenzklausel — einen an sich völlig unpolitischen Stoff — wurde die Aussprache von seiten der Konservativen und des Zentrums zu einem Vorstoß gegen den Hansabund benutzt, um so eine Auseinandersetzung herbeizuführen, die der Sache selbst nicht förderlich war. Dem Hansabund wurde unterstellt, die in jüngster Zeit so oft genannte Berliner Konkurrenzklausel-Konferenz einberufen und dort Beschlüsse bewirkt zu haben, die angeblich handlungsgehilfen-feindlich sein sollen.

Seitens der liberalen Parteien wurde festgestellt, daß die Angriffe von rechts haltlos seien, und daß bei der Konferenz der Hansabund ebenso Gast gewesen ist wie z. B. die ebenfalls dort anwesenden rechts stehenden Reichstagsabgeordneten und die Vertreter der katholischen Handlungsgehilfen, die doch dem Zentrum sehr nahe stehen dürften, und denen die Beschlüsse der Novemberkonferenz zu weit gingen. Wäre es den rechts stehenden Parteien mit ihren Forderungen, die sie durch ihre Fraktionsredner am Sonnabend im Reichstag zum Ausdruck bringen ließen, ernst, und steckte hinter diesem Vorgehen nicht etwas Anderes, so hätten ja doch die auch auf der Novemberkonferenz anwesenden Reichstagsabgeordneten den Vertreter der Katholischen Handlungsgehilfenvereine darauf aufmerksam machen müssen, daß sie entgegen seinen Anschauungen bedeutend weitgehendere Forderungen im Reichstag zu vertreten beabsichtigten. Man geht wohl nicht fehl, wenn man hinter dem Vorgehen der rechtsstehenden Parteien den antisemitischen Handlungsgehilfenverband vermutet, der sich durch das von den drei großen Handlungsgehilfenverbänden geschlossene Kartell in seinen Besitzständen bedroht fühlt. Es wird nun abzuwarten sein, ob diejenigen recht haben, die da glauben, wissen zu können, daß der Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses zwischen den antisemitischen und katholischen Handlungsgehilfenverbänden auf Wahrheit beruht. Ist dies der Fall, so ist das Vorgehen der rechtsstehenden Parteien mehr als begreiflich. Den liberalen Abgeordneten war es im übrigen ein leichtes, die Angriffe der Wirtschaftlichen Vereinigung und des Zentrums auf die Kartellverbände richtig zu stellen.

Jedenfalls haben die Verhandlungen im Reichstag ergeben, daß der Versuch der rechts stehenden Parteien, die Handlungsgehilfen durch scheinbar weitergehende Zugeständnisse sich dienstbar zu machen, als gescheitert betrachtet werden muß. Die Kommissionsverhandlungen werden ja bald Klarheit schaffen, inwieweit man gewillt ist, die Versprechungen, die in erster Lesung gegeben wurden, zu halten; die Handlungsgehilfen werden über etwaige „Umfälle" auf dieser Seite sicher nicht überrascht sein, da sie das Liebeswerben der rechtsstehenden Parteien richtig einzuschätzen wissen.

Amtliche Nachrichten.

Der König hat dem Regierungshauptkassenkassierer a. D., Rechnungsrat Hermann Rode zu Osnabrück und dem Magistratssekretärvorsteher und Oberstadtsekretär Ewald Schürmann zu Berlin den Kron. Adlerord. 4. Kl., dem Kreisschulinspektor a. D., Schulrat Johannes Schmidt zu Neustadt Westpr. und dem Regierungssekretär, Rechnungsrat Springstubbe zu Stralsund den königl. Kronenorden 3. Kl., verliehen.

Der König hat ferner dem Vizekonsul Walter Barre zu Buenos Aires die königl. Krone zum Rot. Adlerord. 4. Kl., dem Konsul des Reichs in Aberdeen, Schiffsmakler Charles Ludwig und dem Missionsvorsteher Ludwig Helmig zu Paris, den Rot. Adlerord. 4. Kl., dem kaiserl. russischen Generalmajor à la suite des Grafen von Wenden, den königl. Kronenord. 2. Kl., dem Gesandten in München, Wirklichen Geheimen Rat Graf von Tattenbach, dem Gesandten in Darmstadt, Wirklichen Legationsrat Freiherrn von Jenisch, dem Gesandten in Hamburg, Legationsrat und Kammerherrn Hans Adolf von Bülow, und dem bisherigen Gesandten in Bangkok, Freiherrn von der Goltz, den Stern zum königl. Kronenord. 2 Kl., dem Generaloberarzt a. D. v. Scherer zu München, bisherigem Garnisonarzt in Ulm, dem außerordentlichen Professor an der Universität in Leipzig, Dr. Heinrich Brockhaus, dem Direktor der Lokalbahn-Aktiengesellschaft in München, königl. bayerischen Baurat und Kommerzienrat Theodor Lechner und dem Architekten Ernst Stenhammer zu Stockholm, den königl. Kronenorden 3. Kl. verliehen.

Deutsches Reich.

Auch ein Jubiläum. Am 15. Januar sind 75 Jahre verflossen, seit der vielgenannte ehemalige preußische Minister des Innern von Rochow in einem Schreiben an den Elbinger Bürger Jakob von Riesen das Wort vom beschränkten Untertanenverstand geprägt und in Umlauf gesetzt hat.

Zu den sieben Göttinger Professoren, welche sich anläßlich der am 1. November 1837 durch König Ernst August von Hannover erfolgten Aufhebung des hannoverschen Staatsgrundgesetzes gegen die Berechtigung solcher einseitigen Aufhebung ausgesprochen hatten, gehörte auch Dro-

---

Große Eigenschaften haben auch große Laster oder wenigstens große Fehler zu ihren Waffenträgern. v. Sippel.

Berliner Theater.

Mein verehrter Provinzgast in Berlin!

Und dann, nachdem die vornehmen Theater erledigt sind, ehe Du Dich zu Otto Reutter und dem dicken Thielscher ins „Metro" automobilen lässest: Besuche immerhin im Residenztheater — früher Richard Alexander — „Die Frau Präsidentin" von Hennequin und Weber. Denn diese Verwechselungsposse ist passabel. Bedenke freundlichst: ein Justizminister und seine Räte halten eine Dirne für — eine Gerichtspräsidentin und sind erfreut über den angenehmen Verkehr mit der munteren Provinzdame, wohingegen der Gerichtspräsi de moralisch streng ist wie Cato; und wie nun die obersten, oberen und unteren Beamten lustig durcheinander gewirbelt werden, von einem solchen verfl . . ogenen Frauenzimmer, das einen Abend lang mit ihrer Umwelt Theater spielt, das ist nicht übel. Otto Treptow als Kabinettschef und Mitarbeiter des Ministers, und Frida Brock als waschechte Magd, spielen französisch gut; in mehr derbdeutschem Fahrwasser segeln die andern Herrschaften. Ferry Sikla, der neue Direktor, hier Präsident Tricointe, kommt zwar nicht als trockene Magistratsperson, wie er sollte, ist jedoch auch als älterer jüdischer Bonvivant unterhaltlich... Na, und Kitty Aschenbach als Kokotten-Präsidentin ist wenigstens deutlich, wie jüngst Marie Reisenhofer als liebedürstende Herzogin. Also —?

Im Lustspielhäuschen vergnügt man sich über ein zahmes Spiel von drei Schwankatten mit dem durchsichtigen Namen „Majolika", von Leo Walter Stein und Ludwig Heller. Unsere Antisemiten sind bei ihrer jammerbaren Bedeutungslosigkeit wieder einmal bei einer Hetze gegen den Kaiser angekommen, dessen freundschaftlichen Verkehr mit bedeutenden Juden sie als Verletzung der sogenannten „deutschen" Treue beschimpfen; die Berliner aber haben den muntern Witz auf den kaiserlichen Fabrikherrn von Cadinen gebildet, Wilhelm übernähme jede Bestellung auf seine Kacheln und liefere bei größeren Aufträgen nicht nur frei ins Haus, er liefere auch persönlich. Diese reizende Bosheit bezieht sich auf den Besuch des Kaisers in dem neuen Saal von Kempinski und in der Charlottenburger Synagoge in der Fasanenstraße. Im Lustspielhaus macht man es glimpflich — schon weil man nicht weiß, was die hohe Zensur von allen den Einfällen und Ausfällen stehen lassen würde. Doch der fürstliche Kaufmann vermag trotz aller Sparsamkeit an Pikanterie und wagemutiger Erfindungskraft immerhin heitern Beifall zu erringen. Einem jungen Herrscher mit einer leichten Ader wird die Zivilliste nicht erhöht, und er gerät in Verlegenheit — doch eine Cousine mit liebender Energie schafft Rat. Der Hofpianist bringt einen schweren Geldmann auf einen „Bierabend" des Herzogs mit, auf dessen Vorschlag eine Majolikafabrik auf dem Gut des hohen Herrn errichtet wird. Dann gibt es allerhand neue Not durch die Günstlingswirtschaft der Herzoginmutter. Der findige Krösus des Anfangs greift abermals ein, unterstützt im Rettungswerk von dem ebenso tüchtigen Herrn Veilchenfeld. Der Herzog wird ein williger Schüler Veilchenfelds und schließt fette Geschäfte mit Amerika ab — unmittelbar bevor er zur Parade reitet. Und die Cousine geht natürlich nicht ohne den Herzenslohn leer aus. Man sieht deutlich genug, wie der Hase läuft, und ist dankbar für jede halbe Anspielung. Franz Arnold als Veilchenfeld, Franz Schönfeldt, Eugen Burg, Richard Georg; neben ihnen und Herrn Bach (ein witziger Pianist) haben die Damen des Hauses nichts Erhebliches zu versehen; die Herzoginmutter kommt imposant. . . .

Endlich: „Der Austauschleutnant" von Richard Wilde und C. G. von Negelein im königlichen Schauspielhaus ist darum ein Austauschleutnant, weil er eine reiche Amerikanerin zur Frau gewinnt, während seine Schwester einen Amerikaner heiratet. Doch damit sind die inneren Qualitäten dieses Uniformhelden unserer gewichtigen sogenannten „ersten" Bühne nicht erschöpft. Der „Herre Leutnant" wird von der Daisy eingetauscht gegen ihren bisherigen Hotelbirektor-Bräutigam, der nicht sie, vielmehr den Hoteltrust, dem ihr Vater angehört, eigentlich meinte. Gerda v. Hellenberg übernimmt als tugendhaftes deutsches Mädchen Daisys Stelle, denn Daisy ist inzwischen an den Bruder des Edelfräuleins geraten — an besagten Austauschleutnant. Sie verwechseln ein wenig das Pärchen. Wer will gegen solche Kinderspiele, auch wenn die Mädchen schon lange Kleider tragen und die männlichen Spielgefährten lange Hosen, etwas einwenden? Dazu bravourense Manövertage mit Notquartier, nächtlichem Alarm einer Einquartierung und dem nächtlichen Biwak eines Ulanenregiments — welches Herz im kgl. Schauspielhaus schlägt da nicht höher! Zumal der Dialog dünn, aber anständig ist und die wundersamen Zufälle aus des Herrgotts Spielbiertasche nur so übereinander purzeln. Unser lieber Clewing, auf den wir einst so frohe Hoffnungen setzten, wird nun (auf dem Platz hinter dem Schillerdenkmal) zu harmlosen Spielereien verbraucht, der alte Vollmer ist müde geworden und bietet noch immer einen stillen Genuß, auch wenn sein Gedächtnis seiner abgeklärten Kunst nicht mehr das Gleichgewicht hält — nun und die Patry, Nuscha Butze, Valentin, Arnstädt, Thiemig und Genossen stehen an ihrem Platz. Soll ich Neugierige warnen und etwa nach Jagows Silvestererlaß variieren: Das kgl. Schauspielhaus paßt überhaupt nicht mehr für Großberlin?! —

Theodor Kappstein.

Kunst und Wissenschaft.

Die Bestrafung eines Kunstfälschers. Aus Odessa wird telegraphisch berichtet: Hier ist der Antiquitätenfälscher Hauchmann zu einer Strafe von 1½ Jahren Arrestantenkompagnie verurteilt worden. Damit hat ein Verfahren ein Ende erreicht, das — für die russische Justiz charakteristisch — über 10 Jahre in Anspruch genommen hat. Es handelt sich um die sensationelle Fälschung von „Werken der antiken Kunst", von denen die angebliche Tiara des Saitapharnes besonders bekannt geworden ist. Diese prachtvolle Krone, die aus dem Besitze eines alten Skythenkönigs in Südrußland stammen sollte, wurde vom Pariser Louvre für einen Preis von 200 000 Mk. erworben.